

Von RETTERN und REBELLEN

Ein Blick hinter die Kulissen
unserer Demokratie



Mit einem
Vorwort von
Thilo Sarrazin

FBV

Klaus-Peter Willsch



DER TABUBRUCH

Als ein Kind des Jahrganges 1961 habe ich auf dem Gymnasium in Englisch natürlich Georg Orwells *Animal Farm* ebenso gelesen wie 1984. Das erste mit so großer Begeisterung, dass ich später als Kreisvorsitzender der Jungen Union Filmabende mit der hervorragenden Zeichentrickverfilmung veranstaltete. Welch bitter-schöne Allegorie auf die verkommenen Mechanismen totalitärer Machtergreifung und -ausübung! Mit 1984 hatte Orwell für mich vom Abiturjahrgang 1979/80 soweit neben der erlebten Wirklichkeit gelegen, dass ich es gedanklich der Kategorie versponnener linker Weltuntergangsutopien zuordnete. Erst 30 Jahre später musste ich wieder an die Reden Squealers denken, in denen weiß plötzlich schwarz wurde. Und aus den hinteren Windungen meines Großhirnes schien ein zentraler Begriff aus 1984 wieder auf: *Neusprech* verbreitete sich in Stellungnahmen und Berichten zu unserer Währungsunion und ihren Grundlagen in atemberaubender Geschwindigkeit, in allen Parteien, in Parlament und Regierung, in den Medien.



Dabei hatte alles so gut angefangen. Am 27. September 2009 wurde in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Schon die erste Prognose um Punkt 18 Uhr zeigte, dass es diesmal für meine schwarz-gelbe Wunschkoalition reichen würde, und so wurde dies ein Abend sprühender Aufbruchstimmung. Nach der Bundestagswahl wurde ich zum Obmann befördert. Der Posten des stellvertretenden Sprechers für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss ist einflussreich und prestigeträchtig zugleich. Wer sich dort bewährt, gehört zum erweiterten Führungskader und kann sich für höhere Positionen in Stellung bringen.

Für mich als Haushaltspolitiker war 2009 kein Freudenjahr. Dass Deutschland verhältnismäßig gut durch die Finanzkrise gekommen war, freute mich natürlich. Die Konjunkturerholung war jedoch teuer erkaufte.



Die Schulden explodierten. Ich hatte schon im Frühjahr 2009 gegen das zweite Konjunkturpaket, das unter anderem die Abwrackprämie enthielt, gestimmt. Ich sah mich damals aber nicht als Quertreiber, sondern als ernsthafter Haushälter. Als »Hüterin der Verträge« empfahl die Europäische Kommission (KOM) am 11. November 2009 die Eröffnung eines Defizitverfahrens gegen Deutschland.

Eine Woche nach uns Deutschen wählten die Griechen ein neues Parlament. Die bisher oppositionelle Pasok gewann mit absoluter Mehrheit. Die Freude der neuen sozialistischen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Giorgos Papandreou währte nicht lange. Noch bevor man in Athen in gewohnter Manier seine Klientel mit Wahlgeschenken segnen konnte, musste der neue griechische Finanzminister Giorgos Papakonstantinou zum Rapport nach Brüssel. Gegen Griechenland war bereits im April 2009 ein Defizitverfahren eingeleitet worden. Nun meldete Athen für das laufende Jahr eine Defizitquote von 3,7 Prozent nach Brüssel. Für 2010 wurden 5,1 Prozent veranschlagt. Der Papa macht das schon, wird man sich gedacht haben, als Papakonstantinou zum Vieraugengespräch beim damaligen EU-Währungskommissar Joaquin Almunia geladen wurde. Am 20. Oktober 2009 platzte dann die Bombe: Athen korrigierte das Defizit auf 12,7 Prozent. Die neue Pasok-Regierung gefiel sich zunächst in ihrer Rolle als Aufklärerin und machte der Vorgängerregierung unter Kostas Karamanlis von der konservativen Nea Dimokratia schwere Vorwürfe. Dass Griechenland gelegentlich mit gezinkten Karten spielte, war bekannt. Aber das Ausmaß an Betrug, mit dem der Eintritt in die Währungsunion erschlichen worden war und das nun nach und nach offenbar wurde, erschütterte selbst Hartgesottene.

Den Empfehlungen der Kommission zum Abbau des übermäßigen Defizits folgte die griechische Regierung nicht. Nüchtern stellten die Finanz- und Wirtschaftsminister der Europäischen Union auf dem ECOFIN (Rat Wirtschaft und Finanzen) im Dezember 2009 fest: »[Von] Griechenland wurden innerhalb der vorgegebenen Frist von sechs Monaten keine wirksamen Maßnahmen zum Abbau des Defizits ergriffen.«¹ Die EU-Kommission reagierte mit einer Inverzugsetzung, einer Verschärfung des Defizitverfahrens, auf die Untätigkeit der griechischen Regierung.



Der Tabubruch

Am 16. Dezember 2009 musste Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den 41 Mitgliedern des Haushaltsausschusses Rede und Antwort stehen. Schäuble erklärte uns, dass Deutschland eine große Verantwortung habe. Wenn wir uns nicht an die Maastricht-Kriterien hielten, würden sich die anderen auch nicht mehr daran gebunden sehen. Leider hielten sich die wenigsten Mitglieder der Währungsunion an die 1992 im Vertrag von Maastricht verankerten Konvergenzkriterien. Der Schuldenstand eines Staates durfte demnach nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Die Obergrenze für das jährliche Haushaltsdefizit lag bei drei Prozent des BIP. Schäuble rechnete für das Jahr 2010 mit einem Defizit in Höhe von fünf bis sechs Prozent. Er wurde jedoch nicht müde zu betonen, dass die Maastricht-Kriterien nicht nur ökonomische Kennziffern waren. Sie waren Teil eines Versprechens, das alle Verantwortlichen in Deutschland den Menschen bei Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion gegeben hatten.

Gleich zu Beginn des neuen Jahres leitete die Europäische Kommission aufgrund der »nicht korrekten statistischen Daten«, die Athen mit voller Absicht über Jahre nach Brüssel gemeldet hatte, ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland ein.² Um fortan jede weitere Statistikfälschung auszuschließen, sollten in Zukunft die Aufsichtsbefugnisse der europäischen Statistikbehörde *Eurostat* gestärkt werden. Auf dem ECOFIN vom 19. Januar 2010 versprach Papakonstantinou seinen Kollegen, »eine rasche und umfassende Lösung der Probleme herbeiführen zu wollen« und berichtete über erste ergriffene Maßnahmen.³ Anfang Februar präsentierte die griechische Regierung ein Sparprogramm. Bis 2012 sollte das Defizit wieder unter drei Prozent des griechischen BIP gedrückt werden.

Von Griechenland-Krise war damals noch keine Rede. In Deutschland gingen die Uhren anders. Hier hatte ein kurzes Zittern um die eigenen Ersparnisse noch mithilfe eines gemeinsamen Versprechens von Kanzlerin und Finanzminister beendet werden können. Keiner rechnete damit, dass das griechische Defizit einmal zum Problem der Deutschen werden würde. Man empörte sich über die Griechen, man lachte über sie, hielt ihr Defizit letztlich aber für belanglos.





Von Rettern und Rebellen

Am 5./6. Februar 2010 fand in Kanada das G7-Finanzministertreffen statt. Im Vorfeld hatte Schäuble in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zum Thema Griechenland gesagt:

»Alle unsere Partner außerhalb der Eurozone haben schon den festen Eindruck, dass die Europäer diese Probleme lösen und damit umgehen können. Dabei ist klar, das ist Sache der Europäer. Wir haben übereinstimmend abgelehnt, interne Probleme zu diskutieren. Wir diskutieren in der G 7 ja auch nicht die Finanzprobleme des Staates Kalifornien. Es gibt auch gar keinen Zweifel, dass Griechenland keine Frage des Internationalen Währungsfonds ist.«⁴

Schäuble hoffte auf die Selbstheilungskräfte Griechenlands. Keinesfalls wollte er den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit der griechischen Schuldenkrise betrauen. Unter allen Umständen sollte der Eindruck vermieden werden, die Europäer misstrauten ihrer eigenen Währung. Das war ein großer Fehler. Die USA haben beim Währungsfonds zwar mit 17,67 Prozent den größten Kapitalanteil, der Anteil der Euro-Mitgliedstaaten zusammen lag aber im März 2010 bei 23,12 Prozent. Auf die gesamte EU entfielen damals 31,87 Prozent. Sowohl die USA als auch die Euro-Länder gemeinsam verfügen im Währungsfonds über eine Sperrminorität. Der IWF kann mitnichten als US-Einrichtung bezeichnet werden.

Wäre Griechenland damals in die Hände des IWF gegeben worden, hätte das den deutschen Steuerzahler viele Milliarden Euro erspart. Ich hatte dazu schon frühzeitig ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben. Dort hieß es:

»Ein IWF-Kredit für Griechenland hätte [...] insbesondere den Vorteil, dass der IWF seine Hilfen unter sehr strengen Bedingungen vergeben kann. Entsprechende Auflagen durch die EU würden dagegen nur den ›Zorn auf Europa schüren.«⁵

Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sah in Griechenland einen klaren Fall für den IWF. Dem vorgeschobenen Hauptargument der Gegner einer Heranziehung des Internationalen Währungsfonds, der IWF bedrohe die Unabhängigkeit der EZB, hielt das IW entgegen, dass





Der Tabubruch

der IWF problemlos auf geldpolitische Auflagen verzichten könnte. Die Vorteile einer IWF-Beteiligung überwogen klar:

»Weil der Fonds wegen seiner strikten Bedingungen gefürchtet wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Staaten sich an seine Vorgaben halten. Mehr noch: Die Länder dürften aus Respekt vor dem IWF schon im Vorfeld ihre Staatsfinanzen in Ordnung bringen – und somit den Geist der No-Bailout-Klausel bewahren und den Vorgaben des Stabilitätspakts folgen. Der vermeintlich große Nachteil der IWF-Hilfe liegt im Eingeständnis der Europäischen Währungsunion, mit den internen Problemen nicht selbst fertig zu werden. Allerdings sollte die Eurozone angesichts recht erfolgreicher erster zehn Jahre mehr Selbstbewusstsein zeigen.«⁶

Am 9. Februar 2010 war Griechenland erstmals Thema in unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktionssitzung. Im »Bericht des Vorsitzenden« hieß es zur aktuellen Entwicklung in einigen südeuropäischen Eurostaaten:



»Mit Sorge betrachten wir die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in Griechenland. [...] Das entschiedene Vorgehen der EU-Kommission zeigt Wirkung. Portugal hat im Kampf gegen sein Haushaltsdefizit ebenfalls entschlossene Schritte angekündigt. Die Regierung in Lissabon hatte im vergangenen Jahr mit einem Defizit von acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen. [...] Dies alles zeigt, der Euro hat gute Chancen, eine harte Währung zu bleiben.«⁷



In der Fraktionssitzung wurden kraftvolle Reden geschwungen. Auf gar keinen Fall werde man für die Schulden der Griechen aufkommen. Und dennoch berichtete die *Financial Times Deutschland* am Tag darauf auf der Titelseite unter der Überschrift »Berlin trägt Euros nach Athen«:

»Die Bundesregierung bereitet ein Hilfspaket für Griechenland vor. Wie die *FTD* aus Koalitionskreisen in Berlin erfuhr, sind im Kampf gegen die Schuldenkrise des Landes sowohl bilaterale Hilfen als auch ein international abgestimmtes Vorgehen auf EU-Ebene im Gespräch. Über Details will Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) heute die Spitze der Unionsfraktion informieren. [...] In Berlin diskutiert wird unter anderem der Vorschlag, dass Deutschland und andere europäische Staaten Geld zu günstigen Bedingungen





Von Rettern und Rebellen

am Kapitalmarkt leihen und dann gegen einen Aufschlag an Griechenland weiterreichen. In EU-Kreisen wird befürchtet, dass das Land im Frühjahr bei der nächsten fälligen größeren Umschuldung Probleme haben könnte, sich Geld zu beschaffen.

Der Vizefraktionschef der CDU/CSU im Bundestag, Michael Meister, bestätigte die Vorbereitungen für ein Hilfspaket. ›Oberste Priorität für die Union hat ein stabiler Euro‹, sagte Meister der *FTD*. Es gebe aber keinen Automatismus. ›Wenn Griechenland Hilfen erhält, dann nur unter strengen Auflagen, und wenn die griechische Regierung den Staat tief greifend reformiert.«⁸

»Eventuelle Finanzhilfen für Griechenland« standen an diesem Tag auch auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses. Die Unterrichtung übernahm Steffen Kampeter, der erst seit Kurzem Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen war. In der zurückliegenden Legislaturperiode war er selbst noch haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU gewesen. Ich schätzte Steffen sehr. Er war geradeheraus und bot jedem die Stirn. Bei ihm wurden die »Minister zu Sextanern«, wie einmal der *Rheinische Merkur* in einer Reportage über den Haushaltsausschuss titelte.⁹ Er versinnbildlichte den Habitus eines Haushälters, der nicht kleinbeigab, auch wenn der Druck aus den Ministerien nach mehr Geld noch so groß war. Natürlich war er letztlich konsensorientiert, aber nicht harmoniesüchtig. Das konnte auch schon mal dazu führen, dass er einen eigenen Mitarbeiter ordentlich vor versammelter Mannschaft zusammenstauchte oder einen Praktikanten als Blitzableiter missbrauchte. Mit dieser Facette seines Charakters war Kampeter im Finanzministerium nicht allein. Schäubles Pressesprecher wurde später eine kleine Berühmtheit, weil der Minister ihn vor der versammelten Hauptstadtpresse demütigte. Es gibt dazu im Internet mehrere Videos, die sich perfekt für eine Charakterstudie eignen. Kampeters Nachfolger als haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde mit Norbert Barthle der seitherige Obmann.

Im Haushaltsausschuss fasste Kampeter noch einmal die Ergebnisse des vorausgegangenen ECOFIN zusammen und gab einen Ausblick. Die Zuspitzung der Krise sei das Werk von Spekulanten, wobei die Ursache natürlich in der griechischen Schuldenorgie zu suchen sei. Griechenland trage demnach auch die Hauptverantwortung für die Wiedererlangung der





Der Tabubruch

Stabilität der Märkte. Nachdem Kampeter den Hinweis nachschob, dass es im europäischen Recht keinen Herauskauf-Mechanismus bei Währungsturbulenzen gebe, hörte ich kurzzeitig auf, darüber nachzudenken, wer neben Griechenland selbst noch Verantwortung übernehmen sollte. Kampeter hatte wohl gerade einen bevorstehenden Schuldenschnitt angedeutet. Damit die Gläubiger aber nicht vor einem solchen *Haircut* das sinkende Schiff verließen, musste der Ball flach gehalten werden.

Und gleichwohl ließ Kampeter plötzlich durchblicken, dass Finanzhilfen für Griechenland doch im Bereich des Möglichen lägen. Die Bundesregierung strebe bei dem Thema keine aktive Rolle an. Wenn aber der Europäische Rat zu dem Schluss komme, dass Griechenland geholfen werden sollte, müsste man sich überlegen, wie solche Hilfsmaßnahmen auszugestalten seien. Die Bundesregierung zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass es nicht so weit kommen würde. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP, Otto Fricke, hatte da bereits »Widerstand gegen direkte deutsche Hilfen« angekündigt.¹⁰ Die Presse überschlug sich am nächsten Tag mit Spekulationen:

»Deutschland und Frankreich bereiten offenbar eine groß angelegte Hilfsaktion vor, um Griechenland vor dem Staatsbankrott zu bewahren. [...] ›Wir können Griechenland nicht fallen lassen«, zitierte *Le Monde* einen namentlich nicht genannten Vertrauten Sarkozys.«¹¹

»Am Mittwoch machten Gerüchte die Runde, dass Deutschland plane, dem verschuldeten Griechenland unter die Arme zu greifen. Die Bundesregierung weist diese Spekulationen zurück. Klarheit dürfte der EU-Gipfel am Donnerstag bringen.«¹²

Die Presse hatte den richtigen Riecher. Am 11. Februar 2010 wurde auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union die Büchse der Pandora geöffnet. In der Erklärung zum Ratsgipfel hieß es:

»Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets werden im Bedarfsfall entschlossen und koordiniert handeln, um die Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu wahren. Die griechische Regierung hat keinerlei finanzielle Unterstützung beantragt.«¹³





Der 11. Februar 2010 war einer der verhängnisvollsten Tage unserer jüngeren Geschichte. An diesem Tag brachen die Staats- und Regierungschefs gemeinschaftlich europäisches Recht. Im *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)* war in Artikel 125 die No-Bailout-Klausel verankert: Jede Übernahme von Schulden eines EU-Mitgliedstaates seitens der Gemeinschaft oder einzelner Mitgliedstaaten war klar verboten.

Am 13. Februar 2010 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* ein großes Interview mit Schäuble. Auf die Frage, wie er den deutschen Steuerzahlern erklären wolle, dass diese für die Schulden eines anderen Staates aufkommen sollten, antwortete der Finanzminister:

»Das sollen sie gar nicht. Die Solidarität, auf die Griechenland einen Anspruch hat, wird die EU leisten. Sie besteht in allererster Linie darin, dass wir helfen, die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer soliden Finanzpolitik zu überzeugen. [...] Griechenland muss sich selbst helfen. Darin wollen wir Griechenland unterstützen.«⁴



Die Debatte in Deutschland beruhigte sich in diesen Tagen tatsächlich. Das lag aber daran, dass am 11. Februar mit der Weiberfastnacht die Karnevalshochphase begann. Seit jeher hatten an diesem Tag die Mitarbeiter in einem Ministerium mit Bonner Amtssitz dienstfrei. Auch die Sitzungswoche im Bundestag war um zwei Tage verkürzt worden, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sich auf den jeweiligen Veranstaltungen in ihren Wahlkreisen blicken zu lassen. Damit fielen die Kerndebattentage Donnerstag und Freitag aus. Das bedeutete: Keine *Aktuelle Stunde*, keine Debatte im Nachgang des Treffens des Europäischen Rates. Die Fastnachtswoche war traditionell sitzungsfrei. Der wichtige ECOFIN vom 16. Februar 2010 wurde von den deutschlandweiten Festumzügen, Heringssessen und politischen Aschermittwochsveranstaltungen überlagert. Aus heutiger Sicht war das fatal, aus der Zeit heraus unbedenklich.

Die Zeichen standen auf Entwarnung. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte der einflussreiche luxemburgische Premierminister und Eurogruppen-Chef, Jean-Claude Juncker, am 16. Februar 2010:





Der Tabubruch

»Griechenland muss wissen, dass die deutschen, die belgischen, die niederländischen, die luxemburgischen Steuerzahler nicht bereit sind, die Fehlleistungen der griechischen Haushaltspolitik zu begleichen.«¹⁵

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, stieß einen Tag später ins gleiche Horn:

»Ich glaube, das ist jetzt in der Verantwortung Griechenlands. [...] Alles andere wäre falsch und würde eine Solidarität erfordern, die die Eurozone aus rechtlichen Gründen, aber auch aus verfassungsrechtlichen Gründen etwa von deutscher Seite her nicht leisten kann.«¹⁶

Die nächste Sitzungswoche begann erst am 22. Februar. An diesem Tag übersandte uns das Bundesfinanzministerium eine nichtssagende Unterrichtung zum ECOFIN. Interessanter war die Anlage, die einen Bericht des Ministeriums an den Finanzausschuss über »Griechenland und die Zukunft des Euros« beinhalten. Dort hieß es: »Griechenland erbittet keine finanzielle Unterstützung. Die Frage von Hilfen stellt sich damit nicht.« Auch die Medienspekulationen, »wonach große Banken [gemeint war u. a. ausdrücklich die US-Investmentbank Goldman Sachs, Anm. d. Verf.] Griechenland in der Vergangenheit bei der Verschleierung seiner wachsenden Verschuldung geholfen haben sollen«, wurden kurz angerissen. Griechenland sei gebeten worden, bis Ende des Monats zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.¹⁷

Am 25. Februar 2010 stand eine mündliche Unterrichtung der Bundesregierung über die »Stabilisierungsmaßnahmen für Griechenland und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt« auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses. In der vorausgegangenen Sitzung hatten wir eigentlich darum gebeten, dass Schäuble in den Ausschuss kommt, doch der Minister lag im Krankenhaus. Kampeter war auch krank. Nachdem wir den Vorschlag eines Mitarbeiters aus dem Bundesfinanzministerium, die mündliche Unterrichtung auf die nächste Sitzung am 3. März zu vertagen, abgelehnt hatten, gab uns schließlich der Abteilungsleiter Europa Auskunft über den Stand der Dinge. Spürbar war dessen Befürchtung, eine politisch unkluge Aussage zu treffen. Und doch ließ er anklingen, dass das von der griechischen Regierung erst





vor wenigen Wochen angekündigte Sparpaket nicht ausreichen würde, um die veranschlagten Defizitziele zu erreichen. Die wirtschaftliche Lage Griechenlands sei noch schlechter als angenommen. Außerdem halte die Bundesregierung die von Athen erhofften Einnahmen aus der Bekämpfung der Steuerhinterziehung für illusorisch. Kommission und EZB schätzten die Situation ähnlich schlecht ein. Dennoch sei auf dem Rat keine öffentliche Debatte über tatsächliche oder vermeintliche Hilfen geführt worden; weder dort noch beim ECOFIN habe Athen seine europäischen Partner um Hilfen gebeten. Die Bundesregierung arbeite weiter daran, dass dies auch so bleibe. Im Hinblick auf andere Schuldenstaaten, die mittlerweile unter dem phonetisch zweideutigen Kürzel PIGS (= Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) firmierten, was der Regierungsvertreter ausdrücklich bedauerte, gab es nur halbe Entwarnung. Zwar sei die Situation Griechenlands singulär, aber auch Irland habe massive finanzpolitische Herausforderungen zu bewältigen. Sobald sich ein neuer Sachstand ergebe, werde man das Parlament in Kenntnis setzen.



Es gab offensichtlich eine regierungsinterne Sprachregelung. Egal von wem, in welchem Format, ob schriftlich oder mündlich, es wurde immer nach gleichem Muster geantwortet. Dafür kommen natürlich mehrere Gründe in Frage. Einerseits wollte die Bundesregierung den Druck auf Athen aufrechterhalten. Die griechische Regierung hätte sich ansonsten wahrscheinlich sogar das Vorgaukeln von Reformen erspart. Andererseits erhöhte jede Debatte um einen möglichen Bankrott Griechenlands die Zinsen für die Kredite, die das Land dringend benötigte.



Nach der unergiebigsten ersten Fragerunde meldete ich mich zu Wort. Als Obmann meiner Fraktion pflichtete ich erst einmal unserem Sprecher bei. Griechenland habe sich nicht nur den Eintritt in die Währungsunion erschlichen, sondern auch danach Jahr für Jahr seine Partner mit falschen Zahlen belogen, daher müsse über ein Ausscheiden des Landes aus der Eurozone nachgedacht werden. Ich verlangte vom Ministerium Auskunft, inwiefern sich der IWF an der Bewältigung der griechischen Staatsschuldenkrise beteiligte. Das bloße Einbringen von Expertise reichte mir nicht. Die EU sollte tunlichst die Finger davon lassen, Griechenland Geld zu leihen – in welcher Form auch immer, forderte ich eindringlich.





Der Tabubruch

Mein Kollege Georg Schirmbeck sprang mir bei. Die griechische Schuldenkrise sei durchaus mit einer Rückkehr zur Drachme und einer Abwertung der neuen Währung lösbar. Was in Griechenland passiere, sei alles nicht neu. Die Unregelmäßigkeiten seien immer bekannt gewesen. Das werde sich auch in Zukunft trotz aller Beteuerungen nicht ändern. Und dass die nun vorgelegten Zahlen der Wahrheit entsprächen, zog Schirmbeck stark in Zweifel.

Die Fragen wurden im Block beantwortet. Die Bundesregierung sprach sich gegen ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone aus. Der EU-Vertrag sehe einen solchen Fall nicht vor – schon gar nicht gegen den Willen des betroffenen Staates. Mein Ansatz einer flexiblen Währungsunion würde den Charakter der Eurozone völlig verändern. Da Griechenland wie alle anderen Euro-Staaten IWF-Mitglied sei, könne Athen den Währungsfonds natürlich um Finanzhilfen bitten. Hierzu lägen der Bundesregierung aber keine Informationen vor. Dass der Finanzminister das nicht wollte, sei aber kein Geheimnis.



Es meldete sich dann noch der SPD-Haushälter Klaus Hagemann mit dem Hinweis zu Wort, dass sich der Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union am darauffolgenden Tag mit derselben Thematik beschäftigen würde. Dankbar ging der Ausschuss zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Die Zeit im Haushaltsausschuss war knapp bemessen. Die Haushaltsberatungen liefen immer noch. Die veranschlagten Ausgaben jedes Ministeriums mussten bis ins kleinste Detail durchgearbeitet werden. Da bot es sich natürlich an, die Befassung mit der griechischen Schuldenkrise in den Unterausschuss abzuschieben. Der Umgang mit EU-Vorlagen im Deutschen Bundestag ist ohnehin sehr dilatorisch. Sie werden in aller Regel ohne Aussprache in den Ausschüssen zur Kenntnis genommen. In vielen Fällen liest sich die Dokumente kein Abgeordneter richtig durch. Man verlässt sich darauf, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene die Interessen Deutschlands wahrte.



Am 3. März 2010 titelte die *Süddeutsche Zeitung*: »Schäuble [...] lehnt Hilfen für Griechenland ab«. Im dazugehörigen Interview antwortete der Finanzminister auf die Frage, ob »Deutschland den Griechen nicht hilft?«:





Von Rettern und Rebellen

»Griechenland hat keine finanzielle Unterstützung erbeten. Die Frage konkreter Hilfen stellt sich deshalb nicht. Griechenland steht in der Pflicht, seine Haushalts- und Finanzpolitik auf einen soliden Pfad zu bringen und niemand kann den Griechen diese Aufgabe abnehmen. Die griechische Regierung hat nun bis zum 16. März Zeit, ihre zusätzlichen Anstrengungen überzeugend zu dokumentieren. Dann wird vonseiten der Europäischen Kommission und des Ministerrates über mögliche weitere Schritte im Defizitverfahren zu entscheiden sein.«¹⁸

Auch der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger stärkte die Abwehrfront gegen den Griff Athens in die deutsche Steuerkasse:

»Griechenland muss wissen, es muss sich jetzt selbst helfen und nicht Hilfe von Brüssel erwarten. [...] Nachgedacht wird viel, sie [die Griechen, Anm. d. Verf.] wissen ganz genau, was die kriegen können, was sie sich zumuten können, was sie an Mehreinnahmen schaffen können durch Steuererhöhungen, was sie an Ausgaben senken können, und ich glaube, die Verantwortung liegt noch immer in Athen. Die Regierung muss erst einmal die Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen herstellen, dann kann man über einiges reden.«¹⁹



Beide Zitate geben im Rückblick eindeutige Hinweise auf einen bevorstehenden Bailout, wurden damals aber eher entwarnend gewertet. Der Haushaltsausschuss tagte am 3. März das letzte Mal vor der berüchtigten Bereinigungssitzung. Als letzter Tagesordnungspunkt stand die Beratung der EU-Vorlagen aufgrund der Ergebnisse der Sitzung des Unterausschusses auf der Tagesordnung. Wie intensiv die Beratungen dort waren, kann ich nicht sagen, jedenfalls wurde dem Haushaltsausschuss die Kenntnisnahme der Dokumente empfohlen. Das war dann die Steilvorlage, das ganze Paket EU-Vorlagen ohne Aussprache durchzuwinken. Der Vorsitzende des Unterausschusses kündigte an, dass er Griechenland für die übernächsten Sitzung am 24. März 2010 wieder auf die Tagesordnung setzen lasse. Damals war wohl gemerkt der 3. März. Aber wozu sollte man sich neben den Haushaltsberatungen noch künstlich Stress machen, wenn am 4. März Kampeter im Radio sagte:

»Die Griechen werden ihre Probleme selber lösen und brauchen dazu keine Ratschläge aus der Bundesrepublik und aus der Bundesregierung schon gar nicht.«²⁰





Der Tabubruch

Die Grünen wollten von der Bundesregierung ein schriftliches und öffentliches Bekenntnis und hatten bereits im Februar 2010 eine Kleine Anfrage gestellt.²¹ In ihrer Antwort vom 4. März 2010 schloss die Bundesregierung Finanzhilfen an Griechenland aus. Insgesamt hatten die Grünen der Regierung 43 Fragen vorgelegt. Die Fragen nach möglichen »bilateralen und internationalen Stützungsmaßnahmen«, einem »Plan B« und IWF-Krediten sowie »vorgezogenen Auszahlungen aus dem Kohäsionsfonds« wurden zusammenfassend beantwortet:

»Die Bundesregierung geht fest davon aus, dass Griechenland mit seinem europäisch abgestimmten strikten Konsolidierungskurs das Vertrauen der Finanzmärkte stärken wird. Griechenland erbittet keine finanzielle Unterstützung und hat dies beim ECOFIN-Rat am 16. Februar 2010 erneut bekräftigt. Die Frage von Hilfen stellt sich damit nicht.«²²

Auch hielt die Bundesregierung an der No-Bailout-Klausel fest. Hierzu hieß es kurz und knapp: »Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, Artikel 125 AEUV zu ändern.«²³



Am 5. März besuchte der griechische Premierminister Papandreou Berlin. Bereits im Vorfeld verlautbarte der griechische Vize-Außenminister Dimitris Droutsas im Deutschlandfunk, dass Papandreou nicht auf Betteltour sei:

»Das darf ich klarstellen. Griechenland, die griechische Regierung hat zu keiner Zeit von seinen EU-Partnern direkte finanzielle Unterstützung verlangt. Dies ist nicht nötig, dies braucht Griechenland nicht. Wir können, wir wollen aus eigener Kraft unseren Staatshaushalt wieder sanieren.«²⁴

Zum Abschluss ihrer Gespräche gaben Merkel und Papandreou eine gemeinsame Pressekonferenz. Ein Journalist fragte die Kanzlerin:

»Frau Bundeskanzlerin, habe ich Sie so richtig verstanden: Bei aller erklärten Solidarität und auch ein bisschen Sympathie mit Griechenland ist es so, dass Deutschland nicht bereit sein wird, direkte Finanzhilfe zu leisten, weder bilateral noch in einem europäischen Rahmen abgestimmt, selbst wenn es Griechenland nicht gelingen sollte, im April seine Schulden





Von Rettern und Rebellen

umzuschulden und auf dem privaten Kapitalmarkt die entsprechenden Mittel zusammenzubekommen?«²⁵

Merkel gab zur Antwort:

»Sie haben mich richtig verstanden, wenn wir uns an dem Satz festhalten, dass Griechenland nicht um finanzielle Unterstützung gebeten hat, dass die Stabilität des Euroraums am heutigen Tag gegeben ist und dass sich deshalb diese Frage absolut nicht stellt. Sie wissen ja auch aus anderen Pressekonferenzen, dass wir nicht für die nächsten zehn Jahre alle denkbaren Fälle voraussehen können. Die Frage stellt sich nicht und wir arbeiten daran, dass sie sich nicht stellen wird. Ich bin sogar optimistisch, dass sie sich auch nicht stellen wird.«²⁶

Diese Deutlichkeit überraschte die anwesenden Journalisten. Sofort kam eine Nachfrage:

»Weshalb hat aber die deutsche Regierung lange Zeit hindurch den Eindruck gepflegt, die Griechen wollten den Deutschen sozusagen das Geld aus der Tasche ziehen? Ich denke dabei auch an den deutschen Abgeordneten, der sich sehr sonderbar geäußert hat und Vorschläge gemacht hat, wie wir das Defizit durch den Verkauf von Staatsvermögen abbauen könnten.«²⁷

Merkel gab zur Antwort:

»Ich kenne kein Mitglied der deutschen Regierung – das ist mir auch sehr wichtig –, das irgendwelche Vorwürfe oder irgendwelche Bemerkungen gegenüber Griechenland gemacht hätte. Wenn es das gäbe, dann würde ich sagen, dass das nicht meine Sichtweise ist. Niemand in der deutschen Regierung hat das gemacht. (Es mag sein,) dass es einen Abgeordneten gab, der etwas gesagt hat, womit ich auch nicht übereinstimme.«²⁸

Der besagte Abgeordnete war mein Kollege Frank Schäffler von der FDP, der in der *BILD* vom 4. März gefordert hatte:

»Die Kanzlerin darf keinen Rechtsbruch begehen, darf Griechenland keine Hilfen versprechen. Der griechische Staat muss sich radikal von Beteiligungen an Firmen trennen und auch Grundbesitz, z. B. unbewohnte Inseln, verkaufen.«²⁹





Der Tabubruch

Die *BILD* machte daraus in bester Boulevardmanier die Überschrift: »Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen ... und die Akropolis gleich mit!« Der Vorschlag meines später engsten Mitstreiters hatte offensichtlich das Missfallen der Kanzlerin gefunden. Allerdings ist es aber das Normalste auf der Welt, dass man erst einmal alle eigenen Reserven mobilisiert, quasi alles zusammenkratzt, bevor man einem Unbeteiligten an den Spargroschen will.

Natürlich hatte Merkel Recht, wenn sie ablehnte, sich so weit aus dem Fenster zu lehnen und Voraussagen für zehn Jahre zu treffen. An der No-Bailout-Klausel rüttelte die Bundeskanzlerin nicht. Das war national und international ein wichtiges Signal. Wahrscheinlich hatte ihr die Aussage von Schäffler sogar geholfen, denn so hatte Papandreou gleich Gewissheit, dass es in Deutschland härtere Hunde als die charmante *Madame No* gab, wie Merkel damals noch respektvoll genannt wurde. Wir Haushälter konnten scheinbar beruhigt in die anstehende sitzungsfreie Woche gehen.



Danach stand die Verabschiedung des Haushalts im Plenum an. In diesen Haushaltswochen finden keine regulären Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen statt. Der Haushalt des Bundesministeriums der Finanzen wurde am 16. März 2010 gelesen. Dabei ging Schäuble auch auf Griechenland ein:



»Weil sich in diesen Tagen die Spekulationen wieder und wieder gegen den Euro richten, was den Europäischen Rat am 11. Februar in Brüssel sehr beschäftigt hat, möchte ich die Gelegenheit nutzen, im Zusammenhang mit Griechenland ein paar Sätze zu einer Gerüchtelandschaft zu sagen, die ganz offensichtlich gezielt in Mitgliedstaaten – auch in Brüssel, das sage ich mit großer Klarheit – geschürt wird. Es bleibt dabei: Griechenland hat nicht um Hilfe nachgefragt. Deswegen gibt es darüber keine Entscheidung, und es ist auch keine Entscheidung getroffen worden. Es bleibt auch dabei: Wenn eine unmittelbare Zahlungsunfähigkeit bevorstehen würde, dann müssten wir – das ist klar – im Falle einer unmittelbar bevorstehenden Notsituation darauf reagieren, wie es der Europäische Rat gesagt hat. Er hat am 11. Februar entschieden: Die Mitgliedstaaten der Eurozone werden, wenn notwendig, entschlossene und koordinierte Maßnahmen ergreifen, um die finanzielle





Von Rettern und Rebellen

Stabilität der Euro-Area als Ganzes sicherzustellen. – Nicht mehr und nicht weniger. Diese Lage ist nicht eingetreten.«³⁰

Über seine Pläne für einen Europäischen Währungsfonds (EWF) schwieg Schäuble. Um den IWF aus der Eurozone herauszuhalten, unterstützte der deutsche Finanzminister zum Erstaunen der europäischen Partner die Schaffung eines eigenen Fonds für die Eurozone. Die Diskussion dazu hatte der damalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, angestoßen.³¹ Schäuble nahm den Vorschlag nun auf, wobei der IWF als Blaupause für den EWF dienen sollte. Wir haben dazu im Bundestag nie auch nur eine einzige Vorlage bekommen.

Am 16. März 2010 trafen sich wieder die Finanz- und Wirtschaftsminister der Europäischen Union. Bereits im Vorfeld hatte Schäuble angekündigt, dass keine Entscheidung zu Griechenland anstünde. Dafür wollte die Bundesregierung nun selbst in die Offensive gehen und eine Verschärfung des Euro-Regelwerkes auf den Weg bringen, wie Schäuble in der *BILD* ankündigte:

»Intensivere Überwachung, schärfere Sanktionen. Wir dürfen uns nie wieder derart hinters Licht führen lassen. Nur so bleibt der Euro vertrauenswürdig. Dazu gehört auch die Überlegung, was man mit einem Euro-Staat macht, der beharrlich Regeln verletzt. [...] [Auch] deshalb brauchen wir schärfere Regeln, d. h. im äußersten Notfall auch die Möglichkeit, dass ein Land, das seine Finanzen partout nicht in Ordnung bringt, aus dem Euro-Verbund ausscheidet. Eine solche Aussicht allein sorgt schon für eine ganz andere Disziplin. [...] Wir wollen alle überzeugen. Das ist sicherlich mühsam und wird dauern. Aber wir müssen jetzt damit anfangen. [...] Angela Merkel und ich sind voll auf einer Linie. Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Stabilität des Euro.«³²

Auf dem ECOFIN wurde Griechenland ins Hausaufgabenbuch geschrieben, ab 2012 wieder die Maastricht-Kriterien einzuhalten. Erreicht werden sollte dies »durch strukturelle Abbauschritte von mindestens 3,5 % des BIP jeweils für 2010 und 2011 bzw. 2,5 % des BIP für 2012.«³³ Und gleich zu Beginn gab es auch schon ein großes Lob für den vermeintlich fleißigen Schüler: »Der ECOFIN-Rat stellte fest, dass Griechenland sein Stabilitätsprogramm in angemessener Weise umsetzt.«³⁴ Auch wurden





Der Tabubruch

die zusätzlich von der griechischen Regierung ergriffenen Maßnahmen begrüßt. Es wurde festgestellt, »dass die angekündigten Maßnahmen ausreichen müssten, um das Defizitziel von 2010 von 8,7 % des BIP sicherzustellen.«³⁵ Nicht nur aus heutiger Sicht erscheint die Prognose des geballten wirtschafts- und finanzpolitischen Sachverständes der Europäischen Union abenteuerlich.

Aber (noch) war es nicht unser Problem. Ich vertraute auf Merkel, die Papandreou höchstpersönlich eine Absage erteilt hatte. Dass es in der Sache Differenzen zwischen der Kanzlerin und ihrem Finanzminister gab, konnte inzwischen nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden. Die *Welt* wollte demzufolge in einem Interview vom Finanzminister wissen, ob er und die Kanzlerin ein »generell unterschiedliches Verständnis über den Zusammenhalt innerhalb der EU« hätten. Schäuble stritt dies ab:

»Da trägt Sie wohl Ihr Gefühl. Die Bundeskanzlerin und ich sind beide überzeugte Europäer. Wir beide wollen einen starken Zusammenhalt innerhalb der EU. Dass Angela Merkel und ich manchmal in Nuancen unterschiedlicher Auffassung darüber sind, wie dieses Ziel erreicht werden kann, und dies auch öffentlich äußern, ist nichts Verwerfliches. Angela Merkels Stärke beruht darin, dass sie diese Unterschiede zu schätzen weiß. Deshalb hat sie mir das Amt des Bundesfinanzministers auch angetragen.«³⁶

Rückenwind bekamen die Gegner von Finanzhilfen von der Wissenschaft. Das Centrum für Europäische Politik (cep) legte im März 2010 die Studie: »Keinen Euro nach Athen tragen. Warum ein Bailout Griechenlands ökonomisch abzulehnen und juristisch unzulässig ist.« vor. In den Leitsätzen hieß es gleich zu Beginn:

»Aus währungsökonomischer Sicht ist ein von Euro-Mitgliedstaaten getragener Bailout strikt abzulehnen. Ein solcher Bailout ist mit enormen Kosten für die Glaubwürdigkeit des Euroraums verbunden und kann die fundamentalen Probleme ohnehin nicht lösen. Er schwächt die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und erschwert damit die Glaubwürdigkeit einer auf Geldwertstabilität ausgerichteten Geldpolitik. [...] Dort, wo Schulden geteilt werden, sinkt die Eigenverantwortung. Das Ergebnis sind höhere, nicht niedrigere Schulden.«³⁷





Der Druck auf Deutschland vonseiten der südeuropäischen Schuldenstaaten wurde indes immer größer. Der portugiesische Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, sagte gegenüber dem *Handelsblatt* doppelzünftig: »Es liegt im deutschen Interesse, die Stabilität in der Europäischen Währungsunion zu sichern.«³⁸ In einem Interview mit der *Bild am Sonntag* äußerte sich Schäuble zu Barrosos Forderung, die Euro-Staaten sollten Griechenland bilateral mit Kreditzusagen helfen, mit den bekannten Worthülsen:

»Griechenland unternimmt alle Sparanstrengungen, um die Krise in den Griff zu kriegen. Nun geht es darum, die Märkte zu überzeugen und die Spekulation gegen Griechenland zu brechen. Die Regierung in Athen sagt, dass sie dafür die Solidarität der anderen Euro-Länder braucht. Es geht darum, die Finanzmärkte davon zu überzeugen, dass der griechische Konsolidierungsweg glaubwürdig ist. Für EU-Hilfen gibt es kein Gemeinschaftsinstrument. Also kämen im äußersten Fall nur bilateral koordinierte, also freiwillige Hilfen infrage, aber Griechenland selbst sieht diesen Fall nicht als gegeben. Im Übrigen hat Griechenland – als Mitglied des IWF – nach der Rechtslage auch Zugang zu Hilfen des IWF.«³⁹

Im *Morgenmagazin* hielt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, dagegen. Eine Diskussion über Griechenland beim anstehenden Gipfel sei »vollkommen unnötig«.⁴⁰ Diskussionen gab es dafür aber in der Fraktionssitzung am 23. März 2010 umso mehr.

Merkel erklärte, dass es Griechenland innerhalb der letzten Wochen mehrfach gelungen war, Anleihen zu platzieren. Erst wenn Griechenland keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt habe, brauche das Land externe Hilfe, die dann aus einer Kombination eines substanziellen IWF-Beitrags und ergänzenden bilateralen Hilfen bestehen könnte. Ein Gemeinschaftsinstrument lehnte die Bundeskanzlerin aus rechtlichen Gründen ab. Auch würde mit einem solchen Instrument ein Präzedenzfall geschaffen, den man viel einfacher immer wieder in Aktion rufen könnte. Unter Beifall versprach Merkel, dass sich die Bundesregierung nur an Finanzhilfen beteiligen werde, wenn auch der IWF mit im Boot sei. Auch wenn man Griechenland womöglich als *ultima ratio* helfen müsste, sollte für die Zukunft ausgeschlossen werden, dass ein Mitgliedstaat die





Der Tabubruch

ganze Eurozone ins Chaos stürzt. Merkel plädierte für ein Insolvenzverfahren für die Eurozone und den Ausschluss einzelner Mitglieder aus der Währungsgemeinschaft, wenn diese notorisch gegen die Regeln verstießen. Diese Positionen werde sie auch auf dem bevorstehenden Ratsgipfel vortragen.

Merkel beendete mit ihrem Vortrag vorerst alle Spekulationen um einen Europäischen Währungsfonds. Gegen Schäubles EWF-Pläne gab es gerade von erfahrenen Parlamentariern wie dem Alterspräsidenten Heinz Riesenhuber heftigen Widerstand. Am Rande der Fraktionssitzung hatten Riesenhuber und ich eindringlich auf Merkel eingeredet. Für Schäuble war Merkels Pochen auf eine IWF-Beteiligung eine schwere Niederlage. Die Kanzlerin hatte aber die Stimmungslage innerhalb der Fraktion gut erkannt, auch wenn diese nicht der ausschlaggebende Punkt für eine Beteiligung des IWF war. Es war vielmehr die Tatsache, dass Schäuble auch auf europäischer Bühne eine Mehrheit gegen sich hatte.⁴¹ Die Meinungs- und Stimmungslage in unserer Fraktion berührte den Finanzminister nur am Rande. Nachdem die Beteiligung des IWF klar war, verschoben sich allmählich die Koordinaten der Diskussion. Die Ja/Nein-Frage wurde von der Mehrheit nicht mehr gestellt, es ging nur noch um das Wie.

Am 24. März tagte der Haushaltsausschuss nach dreiwöchiger Pause wieder regulär. Kampeter unterrichtete den Ausschuss über die Ergebnisse des zurückliegenden ECOFIN. Dort sei zwar ausführlich über die technische Umsetzung möglicher Notfallmaßnahmen für Griechenland gesprochen, aber keinerlei Entscheidungen irgendwelcher Art getroffen worden. Die Finanzminister hätten lediglich verschiedene Alternativen erörtert, wobei solche mit erheblichen Risiken für den deutschen Bundeshaushalt ausgeschlossen worden seien. Auch beim anstehenden Treffen des Europäischen Rates seien keine Beschlüsse zu erwarten. Sollten sich Beschlüsse als notwendig erweisen, wovon er aber nicht ausgehe, würden diese in einer späteren Ratssitzung zu treffen sein, legte Kampeter dar.

Für den Staatssekretär verlief die Sitzung äußerst ungemütlich. Es gab sehr viele kritische Nachfragen. Es sei wenig hilfreich, wenn jeden Tag Spekulationen über mögliche Details, Volumina und instrumentelle Umsetzungen möglicher, aber nicht angeforderter Hilfspakete Griechenlands





ins Spiel gebracht würden, verteidigte sich Kampeter und bat um Verständnis, dass er sich nur vage äußern könne. Langfristig befürworte Finanzminister Schäuble weiterhin einen Europäischen Währungsfonds, der aber nur am Ende einer Interventions- und Sanktionskurve stehen könne, offenbarte Kampeter. Hier war extreme Vorsicht geboten. Schäuble hat gute Nehmerqualitäten. Niederlagen steckt er sehr gut weg und verliert dabei seine Ziele nie aus Augen. So war es auch hier, wenn auch der Name EWF verbrannt war. Er erlebte später als ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) eine Wiedergeburt.

Merkel und Schäuble hatten verstanden, dass der Bundestag dem Bailout nur zustimmen würde, wenn er Teil eines größeren Paketes war. Beide machten sich jetzt die Forderung nach einer Austritts- und Ausschlussmöglichkeit einzelner Mitglieder aus der Eurozone zu eigen. In der *FAZ* sagte Schäuble:

»Ich bin wie die Bundeskanzlerin der Meinung, dass die Möglichkeit eines Ausscheidens als letztes Glied einer Handlungskette – als *ultima ratio* – dazugehört.«⁴²

Schäubles Interviewpartner sah den Dambruch infolge einer bilateralen Griechenland-Hilfe bereits voraus. Er äußerte die Befürchtung, dass sich Deutschland einerseits mit seiner Forderung nach einer Schärfung des Euro-Regelwerkes nicht durchsetzen, aber andererseits langfristig in eine Haftungs- und später Transfergemeinschaft hineinschlittern könnte. Schäuble wollte dies nicht gelten lassen:

»Nein. So geht das nicht. Sie können jeden Vorschlag kritisieren, indem Sie ihn in Teile zerlegen und dann sagen, das eine kommt, das andere kommt nicht; also taugt es nichts. Das ist nicht fair. Sie können den Vorschlag nur als Ganzes bewerten. Aber es bleibt bei dem grundsätzlichen Problem, dass potenzielle Sünder über Sünder entscheiden, sodass am Ende nichts passieren wird. Deswegen steht in meinem Vorschlag, dass potenziellen Sündern das Stimmrecht entzogen wird. [...] Ich habe keine Haftungsgemeinschaft vorgeschlagen. [...] Mein Vorschlag sind schärfere Instrumente. Erst als letztes Mittel besteht die Möglichkeit einer Liquiditätshilfe unter Auflagen. Dies hat mit einer Haftungsgemeinschaft nichts zu tun.«⁴³





Der Tabubruch

Am 25. März 2010 erklärten die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes die Bereitschaft, »im Rahmen eines Paketes, das eine erhebliche Finanzierung durch den Internationalen Währungsfonds und einen Mehrheitsanteil aus europäischen Finanzmitteln umfasst, zu koordinierten bilateralen Darlehen beizutragen.«⁴⁴ Merkel hatte das bereits vorab in einer Regierungsklärung im Bundestag als ihre eigene Verhandlungsposition ausgegeben. Gleichzeitig machte sie uns damals immer noch Hoffnung, dass diese Situation nicht eintreten werde:

»Es ist noch kein Euro und kein Cent für die Unterstützung Griechenlands ausgegeben worden. Bislang ist Griechenland nicht zahlungsunfähig geworden. Auch sind düstere Vorhersagen über die Entwicklung in anderen Mitgliedstaaten nicht Realität geworden. [...] Deshalb sage ich: Ein guter Europäer ist nicht unbedingt der, der schnell hilft. Ein guter Europäer ist der, der die europäischen Verträge und das jeweilige nationale Recht achtet und so hilft, dass die Stabilität der Eurozone keinen Schaden nimmt.«⁴⁵



Nach dem Ratsgipfel machte der Bundestag erst einmal drei Wochen Osterpause. Und wie nach dem Ratsgipfel im Februar trat auch jetzt eine kurze Entspannungsperiode ein. »Die jüngste Platzierung einer griechischen Anleihe am 29. März 2010 hat deutlich gemacht, dass Griechenland unverändert Zugang zum Kapitalmarkt hat«, schrieb Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen fast schon euphorisch am 9. April 2010 an den Haushaltsausschuss.⁴⁶



Das Blatt begann sich aber nun endgültig zu wenden. Bereits zwei Tage später gab es eine Telefonkonferenz der Eurogruppe, auf der die Details für den bevorstehenden Bailout vereinbart wurden. Es ging nun konkret um ein Hilfsprogramm mit einer Laufzeit von drei Jahren. Dies enthielt die Verpflichtung der Euro-Mitgliedstaaten zusammen mit dem IWF »im ersten Jahr bis zu 30 Milliarden Euro zur Deckung des Finanzierungsbedarfs bereitzustellen.«⁴⁷

Bisher waren alle davon ausgegangen, dass es sich um insgesamt 30 Milliarden Euro handelte, an denen sich Deutschland gemäß EZB-Schlüssel mit etwas mehr als acht Milliarden Euro beteiligen musste. Nun stand ein Vielfaches dieser Summe im Raum. Die miserable Informationspolitik der





Bundesregierung wurde nun auch in den Medien thematisiert. »Haushälter fühlen sich schlecht über Ausmaß der Hilfen informiert«, titelte das *Handelsblatt* am 15. April 2010. Dem Blatt war es gelungen, einer ganzen Reihe von Abgeordneten Stellungnahmen abzurufen. »Ich bin davon ausgegangen, dass der deutsche Beitrag auf gut acht Milliarden Euro begrenzt ist«, zitierte es einen offensichtlich verblüfften Norbert Barthle. Auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD, Carsten Schneider, machte aus seinem Ärger kein Geheimnis: »Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung solche schwerwiegenden Vereinbarungen in Hinterzimmern trifft, ohne das Parlament und die Öffentlichkeit zu informieren.« Der haushaltspolitische Sprecher der FDP habe trotz mehrerer Bitten die Erklärung der Eurogruppe vom 11. April 2010 nicht erhalten, beklagte sich indigniert Otto Fricke.⁴⁸

Bereits am 12. April 2010 wurde eine Expertenkommission, bestehend aus Mitgliedern der EU-Kommission, EZB und des IWF – kurz *Troika* genannt – nach Griechenland entsandt, um dort zusammen mit den griechischen Behörden ein mehrjähriges Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten. Das Programm sollte »so angelegt sein, dass es auch als Konditionalität für ein Kreditprogramm des IWF bzw. der Eurozonen-Staaten dienen könnte. Allerdings hat die griechische Regierung bislang nicht um finanzielle Hilfe gebeten«, unterrichtete Kampeter den Haushaltsausschuss schriftlich.⁴⁹ Für Finanzhilfen müsste Griechenland drei Bedingungen erfüllen: Die griechische Regierung müsste erstens einen offiziellen Antrag stellen, zweitens den Nachweis erbringen, dass Griechenland keinen ausreichenden Zugang zum Kapitalmarkt hat, und drittens müssten die Euro-Mitgliedstaaten einstimmig grünes Licht geben.⁵⁰ Auf europäischer Ebene war bereits vereinbart worden, alle erforderlichen nationalen Maßnahmen in die Wege zu leiten, »um Griechenland rasch Hilfe leisten zu können.«⁵¹

Die griechische Schuldenorgie wurde nun öffentlich als Verschwörung der Finanzmärkte gegen die Währung umgedeutet. »Die Märkte wissen jetzt: Das ist kein Gedicht, was die Finanzminister geschrieben haben. Es ist das geladene Gewehr«, sagte Juncker gegenüber dem Deutschlandfunk am 12. April.⁵² Die Märkte verhielten sich in dieser Situation – im Gegensatz zu den selbst ernannten Euro-Rettern – vollkommen rational. Je höher das Risiko, desto höher die Zinsen. Man darf die Finanzmärkte nicht auf eine Bande von Zockern reduzieren. Hier agieren auch langfristig





Der Tabubruch

denkende Investoren wie zum Beispiel Pensionsfonds oder Versicherungen. Diese zogen sich – ganz im Sinne ihrer vielen Millionen Kunden – aus riskanten Geschäften zurück.

Die technischen Vorarbeiten zum Bailout zeigten, dass die Zinsen als Risikoindikator ausgeschaltet werden sollten. Es wurde über zwei Zinsmodelle diskutiert. Einige befürworteten einen Festzins von etwa fünf Prozent, andere wollten den Basiszins des Darlehens am Dreimonats-Euribor (Euro Interbank Offered Rate) orientieren. Das ist der Zinssatz, zu dem sich Banken untereinander Kredite gewähren. Mitte April 2010 lag er bei etwa 0,6 Prozent. Hinzu sollten ein Aufschlag von 300 Basispunkten sowie eine Verwaltungsgebühr von bis zu 50 Basispunkten kommen. Der Zins hätte also zum damaligen Zeitpunkt 4,1 Prozent betragen. Das Zinsrisiko trug bei diesem Modell Athen. Wenn Griechenland das Darlehen nicht innerhalb von drei Jahren zurückzahlte, sollten die noch ausstehenden Beträge mit einem zusätzlichen Strafzins von 100 Basispunkten belegt werden.⁵³ Einige Kollegen witterten damals ein großes Geschäft für den Bundeshaushalt. In einem Vermerk aus dem Finanzministerium hieß es:

»Die Kosten des Darlehens sind nicht subventioniert, der Kredit enthält eine erhebliche Marge gegenüber den Finanzierungskosten Deutschlands und aller finanzierenden Euroländer. [...] Die Bundesregierung wird nicht nur durch die Zinshöhe, sondern auch durch die Auflagen für den Kredit dazu beitragen, dass GRC im Falle einer Finanzhilfe möglichst rasch wieder an den Kapitalmarkt zurückkehrt.«⁵⁴

Aber solange die griechische Regierung keinen Antrag stellte, gaukelte man uns weiterhin vor, es sei noch nichts entschieden. Dementsprechend wurden im Bericht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden vom 20. April wieder nur von »mögliche[n] bilaterale[n] Hilfen« gesprochen.⁵⁵ Am 21. April tagte der Haushaltsausschuss. Immerhin kam nun Schäuble persönlich. Die europäischen Finanzminister hätten sich dagegen entschieden, griechische Staatsanleihen zu kaufen, sie wollten Griechenland einen Kredit gewähren, berichtete Schäuble. Nur so könnte man Athen Auflagen diktieren. Griechenland habe im ersten Jahr einen Kapitalbedarf in Höhe von 40 Milliarden Euro. Der IWF habe bereits signalisiert, sich mit zehn bis 15 Milliarden Euro zu beteiligen. Man sei übereingekommen,





dass die Euro-Mitgliedstaaten bilateral bis zu 30 Milliarden Euro stemmen müssten. Gemäß des EZB-Schlüssels von 28 Prozent würde sich der deutsche Anteil somit auf bis zu 8,4 Milliarden Euro belaufen, so Schäuble.

Die Abwicklung sollte in Deutschland die staatliche Förderbank KfW übernehmen. Für die Kreditvergabe sei jedoch eine gesetzliche Ermächtigung notwendig. Um keine falschen Signale an die Finanzmärkte zu senden, sollte damit jedoch gewartet werden. Schäuble vertraute darauf, dass der Bundestag bei Eintritt des Ernstfalls ein beschleunigtes Gesetzgebungsverfahren ins Auge fassen werde. Nach Aussage der griechischen Regierung sei aber innerhalb der nächsten zwei Wochen keine dramatische Zuspitzung der Lage zu befürchten. Aber man wisse nie, wie die Märkte reagierten, zeigte sich Schäuble skeptisch.

In der Berichterstatterrunde zog Carsten Schneider mächtig vom Leder. Bereits dreimal habe der Haushaltsausschuss um Unterrichtung in Bezug auf die griechische Schuldenkrise und deren Folgen für den Bundeshaushalt gebeten. Heute hätten die Abgeordneten das erste Mal weiterführende Informationen erhalten, ereiferte sich Schneider. Und ließ dann wissen, dass er ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren ablehne. Das saß und führte zu Streit im Ausschuss. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP, Otto Fricke, drohte, es sei das gute Recht der Opposition, ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren zu verweigern, aber dann müsste sie auch die Verantwortung für die damit verbundenen Risiken übernehmen.

Schäuble setzte die Einschüchterung der Opposition mit düsteren Horrorgemälden fort. Die Franzosen könnten ein entsprechendes Gesetz innerhalb von sechs Tagen zustande bringen. Wenn sich die Opposition öffentlich gegen ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren aussprechen würde, könne das spekulative Tendenzen auf den Märkten auslösen, für die der Abgeordnete Schneider doch mit Sicherheit nicht öffentlich Verantwortung übernehmen wolle. Schneider solle vorsichtig sein, denn Schäuble könne ihm nicht garantieren, dass er dafür nicht persönlich haftbar gemacht werde.

Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Petra Merkel (SPD), half ihrem Parteigenossen nicht und ließ die Situation weiterlaufen. Ein CSU-Haushälter





Der Tabubruch

appellierte an Schneiders Haushälterehre, da dessen Bemerkungen eine Abkehr von der bisherigen Arbeit im Parlament und Haushaltsausschuss in Notsituationen darstelle. Der Haushaltsausschuss habe sich bisher immer dadurch ausgezeichnet, dass er mit einem Höchstmaß an Verantwortungsbewusstsein in ganz besonderen Situationen seinen Aufgaben nachkomme. Er bat Schneider, über die Angelegenheit noch einmal nachzudenken und erinnerte an das im Herbst 2008 innerhalb weniger Tage verabschiedete Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Das nahm ein anderer FDP-Abgeordneter zum Anlass, Schneider vorzuhalten, dass die FDP während ihrer Zeit in der Opposition nicht solche Spielchen gemacht habe. Ein Linker bemerkte lapidar, dass die Koalition von der Opposition mehr staatstragendes Verhalten erwarte, als sie selbst praktiziere.

Aber Schneider hatte recht. Griechenland war kein Notfall. Im Gegensatz zur US-Investmentbank Lehman Brothers, die kurz vor ihrem Bankrott im September 2008 noch mit einem Spitzenrating bedacht worden war, wusste bei Griechenland jeder Investor, woran er war. Seit Monaten bastelte die Regierung an Notfallplänen für den Fall, dass Griechenland auf den Märkten nur noch Geld zu prohibitiv hohen Zinsen bekam. Das letzte Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs lag Wochen zurück, seitdem hatte die Bundesregierung noch nicht einmal einen Kabinettsbeschluss zustande gebracht. Und jetzt bekam das Parlament plötzlich die Pistole auf die Brust gesetzt.

Einen Tag später versuchte Schäuble, die deutsche Öffentlichkeit mit den gewohnten Durchhalteparolen zu beruhigen. Im Deutschlandfunk sagte er am 22. April:

»Bisher sagt Griechenland, dass es nicht entschieden hat, dass es auch immer noch hofft, ohne auszukommen. Was wir tun in der EU, auch mit dem IWF, ist eine reine Vorbereitung für den Fall, aber es ist nicht entschieden, ob der Fall eintritt. [...] Griechenland hat ja auch in dieser Woche keine Schwierigkeiten, seine notwendige Finanzierung an den Anleihemärkten sicherzustellen, auch zu Zinssätzen, die den Marktverhältnissen entsprechen.«⁵⁶

Auch wenn Schäuble am 22. April 2010 die Öffentlichkeit noch glauben machen wollte, dass ein Bedarf Griechenlands an Hilfskrediten nicht ab-



sehbar wäre, war es dann doch nur einen Tag später schon soweit. Nachdem die griechische Regierung die Defizitzahlen wieder nach oben korrigieren musste, was einer Herabstufung der griechischen Staatsanleihen auf »Junk« mit all seinen Folgen bewirkte, stellte der griechische Finanzminister einen Antrag auf Finanzhilfen. Das war nach den Verlautbarungen der Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel am 26. März 2010 und der Telefonkonferenz der Eurogruppe am 11. April 2010 wahrlich keine Überraschung mehr, auch wenn uns die Bundesregierung einen »dramatische[n] Anstieg der Renditen für griechische Staatsanleihen am 22. April von 10,6 % auf dreijährige und 8,9 % auf 10-jährige Anleihen« als Ursache präsentierte.⁵⁷ Um die Angst vor Ansteckungsgefahren und Dominoeffekten zu schüren, wurden wir gleichzeitig darüber in Kenntnis gesetzt, dass Portugal, Spanien und Irland ebenfalls stark unter Druck stünden.

Am 27. April erhielten wir einen ersten Entwurf zum *Gesetz zur Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage für die Übernahme von Gewährleistungen im Zusammenhang mit Notmaßnahmen zum Erhalt der für die Stabilität der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit*. Der Gesetzentwurf war äußerst knapp gehalten. Der Bundestag sollte das Finanzministerium ermächtigen, »Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 8,4 Milliarden Euro für Kredite an die Hellenische Republik für Notmaßnahmen zum Erhalt der für die Finanzstabilität der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit zu übernehmen.«⁵⁸

Am 28. April fand ein Hintergrundgespräch statt, in dem Schäuble die Führungskreise der Bundestagsfraktionen ins Gebet nahm. Um die Kompromissbereitschaft der Fraktionsführungskader zu erhöhen, brachte Schäuble noch den EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet und IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn mit. Deren Darstellungen erfolgten zwar in unterschiedlicher Tonalität, waren aber beide gleichermaßen nachdrücklich. Beide forderten den Bailout. Die Vertreter von EZB und IWF erwiesen sich als gute Lobbyisten der französischen Finanzbranche, indem sie erfolgreich Forderungen nach einer Beteiligung der privaten Gläubiger zurückwiesen. Trichet und Strauss-Kahn hätten ihm die Folgen eines Haircuts vor Augen geführt, rechtfertigte sich wenige Tage später Barthle für seine Kehrtwende um 180 Grad. Barthle warnte vor Panikmache und



Der Tabubruch

stellte sich immer noch als Herr der Lage dar. »Zunächst geht es jetzt nur um die 8,4 Milliarden Euro, die im Gesetzentwurf stehen«, sagte er der *Welt* am 30. April.⁵⁹ Unser haushaltspolitischer Sprecher war offensichtlich der Meinung, es gehe bei der anstehenden Abstimmung zunächst nur um die 30 Milliarden Euro, die Griechenland an bilateralen Hilfen im laufenden Jahr benötigte. Seine Hoffnung war, dass es nur eine kleine Finanzspritze brauchte, um mit einem Schlag alle Spekulationen auf den Finanzmärkten zu beenden. »Die Lage wird sich beruhigen. Weder Portugal noch Spanien werden unsere Hilfe benötigen«, war sich Barthle sicher.⁶⁰

Doch bereits einen Tag später wurde die Summe, die Griechenland in den nächsten drei Jahren benötigte, auf 110 Milliarden Euro beziffert. Davon wollte der IWF 30 Milliarden übernehmen. Die Athener Troika-Mission wurde in den Abendstunden des 1. Mai mit der Vorlage eines dreijährigen Anpassungsprogramms, das diverse wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen vorsah, abgeschlossen. Zumindest auf dem Papier waren das bittere Pillen, die jedoch geschluckt werden mussten, bevor Athen in den Genuss eines noch größeren Schlucks aus der Schuldenpulle kam. In Griechenland brachen daraufhin starke Unruhen und Straßenschlachten aus. Infolge des dritten Generalstreiks in einem Jahr starben bei Protesten in Athen sogar drei Menschen in einer in Brand gesteckten Bank.

Am Sonntag tagte wieder die Eurogruppe. Auf europäischer Ebene war der Weg für Hilfen frei. Nur die Slowakei weigerte sich, ihre Bevölkerung, deren Lebensstandard unter dem der Griechen lag, für deren Schuldenorgie bluten zu lassen. Am 3. Mai begann im Bundestag ein Sondersitzungsmarathon. Um 14 Uhr tagte außerplanmäßig der Haushaltsausschuss, was aber nicht länger als zwei Stunden dauern durfte, weil direkt im Anschluss eine Sonderfraktionssitzung angesetzt war. Eigentlich hatte sich der Ausschuss die Anwesenheit von Schäuble und Außenminister Guido Westerwelle erbeten. Beide ließen sich aber durch Staatssekretäre vertreten. Schäuble hatte nach Aussage Kampeters gerade erst die Kabinettsitzung verlassen und eilte nun zu den Fraktionsvorsitzenden.

Zum Sitzungsbeginn ließ Kampeter druckfrisch die Kabinettsvorlage ausgeben. Das Konvolut aus Papieren, das wir in diesem Moment zum ersten



Mal zu Gesicht bekamen, bestand aus einem überarbeiteten Gesetzentwurf, einem »Memorandum of Economic and Financial Policies« in englischer Sprache sowie einem »Memorandum of Understanding« (MoU) mit deutscher Übersetzung. Daneben lag ein an die Herren Juncker, Trichet und Währungskommissar Olli Rehn adressiertes Schreiben, das der griechische Finanzminister gemeinsam mit dem Präsidenten der griechischen Zentralbank verfasst hatte. Darin versprachen die beiden Griechen den Vertretern von Eurogruppe, EZB und EU-Kommission, sich an die mit der Troika getroffenen Vereinbarungen zu halten. Daneben wurde uns ein gemeinsamer Brief von Rehn und Trichet an Juncker vorgelegt, der nur Wiederholungen enthielt. Damit sahen die Euro-Retter die dritte Bedingung für den Bailout als erfüllt an. Alle bestätigten sich gegenseitig, das Richtige zu tun. Das war ein guter Indikator dafür, dass etwas falsch lief.

Das Gesetz trug nun den Titel »Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik« (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz, WFStG). Die Änderungen waren nicht nur kosmetischer Natur. Jetzt sollte der Bundestag das Bundesfinanzministerium ermächtigen, »Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 22,4 Milliarden Euro [Unterstreichung durch d. Verf.] für Kredite an die Hellenische Republik zu übernehmen[.]«⁶¹

Aus 8,4 Milliarden waren so innerhalb einer Woche 22,4 Milliarden Euro geworden. Damit die Zahl 8,4 überhaupt noch im Gesetz auftauchte, wurde auf das erste Auszahlungsjahr verwiesen. Bei den Beteiligungsrechten wurde der Bundestag kurz gehalten. Nach Verabschiedung des Gesetzes sollte der Haushaltsausschuss zwar regelmäßig unterrichtet werden, ein Parlamentsvorbehalt war aber nicht vorgesehen.

Nachdem wir uns einen Überblick über die Unterlagen verschafft hatten, begann Kampeter mit seiner Unterrichtung. Das Anpassungsprogramm sei für Griechenland kein Zuckerschlecken. Griechenland zahle selbst den größten Preis für die Unterstützungsmaßnahmen. Und auch aus unserem ureigenen Interesse müsste Griechenland vor der Pleite gerettet werden. Ein Zusammenbruch des griechischen Finanzsystems würde die



Der Tabubruch

dortigen Banken vom internationalen Bankenmarkt abschneiden. Die darauffolgende Kreditklemme ginge letztendlich auf Kosten der deutschen Wirtschaft, da die Griechen die deutschen Exporte nicht mehr bezahlen könnten, legte Kampeter dar. Im Bezahlen von Rechnungen war Griechenland sowieso sehr zurückhaltend. Im Kern verschenkte die deutsche Volkswirtschaft auf diese Weise ihre Produkte an Griechenland, vergleichbar mit einem Bauern, der seinen Kunden auf dem Markt Geld gibt, damit sie seine Kartoffeln kaufen.

Barthle und Fricke verteidigten erwartungsgemäß das Krisenmanagement der Bundesregierung. Fricke äußerte zwar für sich und seine Fraktion viel Unbehagen, letztendlich sei der Weg aber der richtige. Für die FDP sei die alles entscheidende Frage, ob das griechische Volk hinter dem Reformprogramm stünde. Kampeter war sichtlich erleichtert, dass sich keine Fraktion einem beschleunigten Gesetzgebungsverfahren in den Weg stellte. Auch Schneider war offensichtlich von der SPD-Fraktionsführung eingenordet worden. Die Sache lief gut für die Bundesregierung.



Wolf-Ruthart Born, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, äußerte sich noch kurz aus Sicht des Auswärtigen Amtes zum Stimmungsbild gegenüber Deutschland in Europa und zu den Rüstungsausgaben Griechenlands. Eine Kürzung sei im MoU nicht vorgesehen. Die besondere Interessenlage Griechenlands gegenüber der Türkei habe immer schon zu einem hohen Verteidigungshaushalt geführt. Born erinnerte zum Ende seines Beitrags an die 300.000 Griechen, die in Deutschland lebten. Die Griechenland-Hilfe sei ein gutes Signal für die 50-jährige Geschichte griechischer Zuwanderung und die deutsch-griechischen Beziehungen. Deutschland und Europa könne nichts Besseres passieren als der Euro, so der Staatsminister. An deplatziertes Theatralik war dieser feuilletonistische Beitrag kaum zu überbieten. Das Europapathos triefte an allen Ecken und Enden. Die Sitzung des Haushaltsausschusses war leider viel zu schnell vorbei; neun Kollegen konnten ihre angemeldeten Fragen nicht mehr stellen und wurden auf die nächste Sitzung am Mittwoch verwiesen.



In der Fraktionssitzung wurde eine Probeabstimmung durchgeführt. Es gab acht Neinstimmen und neun Enthaltungen. Auch Norbert Lammert





stimmte dagegen. Der Bundestagspräsident kritisierte, dass im vorgelegten Gesetzentwurf das zwischen Griechenland und der Troika ausgehandelte Anpassungsprogramm mit keiner Silbe erwähnt wurde, obwohl dieses immer als Junktim präsentiert wurde.⁶² Sein Nein setzte die Fraktionsspitze gewaltig unter Druck. Lammerts Kritik war zwar nicht grundsätzlich, aber in der Sache wichtig. Insgesamt sollen bei den Probeabstimmungen bei Union und FDP zwei Dutzend Abgeordnete mit Nein gestimmt haben, wobei die Fraktionsführung immer nach Gutdünken auszählt und dabei zaghafte Meldungen in den hinteren Reihen gerne unter den Tisch fallen lässt.

Am Dienstag wurde in der Arbeitsgruppe Haushalt ein Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Bundesregierung erarbeitet, der die Kritik des Bundestagspräsidenten beherzigte und einige Klarstellungen enthielt.⁶³ Das Gesetz war da noch gar nicht ins Parlament eingebracht worden, aber der enge Zeitplan zwang uns dazu, den zweiten vor dem ersten Schritt zu machen.



Am Mittwochmorgen fand die 1. Lesung des Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetzes statt. Die außerplanmäßige Plenarsitzung begann mit einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, die eher den Charakter einer Beschwörungszeremonie hatte:



»Wir sind heute hier zusammengekommen, weil wir in erster Lesung über ein Gesetz entscheiden müssen, das eine enorme Tragweite hat. [...] Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft Europas und damit um die Zukunft Deutschlands in Europa. [...] Europa steht am Scheideweg. Die zu beschließenden Hilfen für Griechenland sind alternativlos [...]. Sie müssen erfolgen, damit es nicht zu einer Kettenreaktion im europäischen und internationalen Finanzsystem und zu einer Ansteckung anderer Euro-Mitglieder kommt.«⁶⁴

Und damit keiner sagen konnte, Europa würde nicht aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, stellte Merkel eine Zukunftsagenda vor, wie dem Stabilitätspakt wieder Geltung verschafft werden sollte. Für die Abgeordneten war das von zentraler Bedeutung, denn so glaubte man, den Bailout rechtfertigen zu können.





Der Tabubruch

Während im Plenarsaal noch die Debatte lief, hatten sich einige Abgeordnete schon zur öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses eingefunden, die wegen des großen Interesses im größten Saal des Hauses stattfand, im Sitzungssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Als Sachverständige waren unter anderem eingeladen: Bundesbankpräsident Axel Weber, KfW-Chef Ulrich Schröder, der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Jochen Sanio, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank Thomas Mayer und der Juraprofessor und spätere Prozessbevollmächtigte von Peter Gauweiler, Dietrich Murswiek. Da Norbert Barthle noch im Plenum beschäftigt war, eröffnete ich als sein Stellvertreter die Fragerunde. Ich wollte wissen, was passieren würde, wenn sich die Griechenland-Hilfe als Milchmädchenrechnung erweisen sollte.

Axel Weber erwiderte schroff, es mache keinen Sinn, vom Risikoszenario auszugehen. Er zeigte sich sehr zuversichtlich, dass sich Griechenland noch innerhalb der drei Programmjahre einen Marktzugang zurückerarbeiten werde. Die Rechnung sei ganz einfach: Im Rahmen des Hilfsprogramms müsste Athen Zinsen zahlen, die 350 Basispunkte über dem Euribor lägen. Sobald das Anpassungsprogramm greife, könne sich Griechenland wieder zu besseren Konditionen auf dem Markt finanzieren; das Programm beende sich damit quasi von alleine. Weber sagte wörtlich:

»Sie dürfen die letzten drei, vier Wochen, die durch viel Nervosität an den Märkten gekennzeichnet waren, nicht als für die weitere Entwicklung symptomatisch ansehen. Jetzt zählt, dass das Programm auf den Weg gebracht wird. Ich glaube, das ist zurzeit relativ alternativlos. Jedes alternative Szenario würde zum jetzigen Zeitpunkt höhere Kosten verursachen.«⁶⁵

Das Wort des Bundesbankpräsidenten hatte Gewicht. Da hatte ich schlechte Karten. Jochen Sanio von der BaFin sprach sogar von einem »Angriffskrieg« von Spekulanten gegen den Euro.⁶⁶ Der FDP-Haushälter Jürgen Koppelin störte sich am im Verlauf der Anhörung geäußerten Vorwurf, die Politik habe für jedermann offensichtliche Vorgänge in Griechenland willentlich ignoriert und hätte viel früher handeln müssen. Koppelin wollte von Weber und Sanio wissen, zu welchem konkreten Zeitpunkt man politisch hätte tätig werden sollen. Dann schob er noch mit leicht





provokantem Unterton nach: »Ab wann haben Sie politisch Verantwortliche gedrängt zu handeln?«

Weber konterte stark auf die Kritik, was zu großer Heiterkeit führte. Koppelin solle jetzt schon mal in seinem Büro anrufen und seine Mitarbeiter darauf vorbereiten, dass die Bundesbank gleich damit beginnen werde, massenhaft Material zu senden, mit dem man in der Vergangenheit die Politik zu mehr Sparsamkeit ermahnt habe. Die Bundesbank sei aber Kummer gewöhnt, wenn es um Finanzpolitik gehe, so Weber.

Einzigster inhaltlicher Lichtblick der öffentlichen Anhörung war Professor Murswicks Plädoyer für die Einhaltung der No-Bailout-Klausel. Murswiek legte dar, aus Artikel 125 AEUV

»ergibt sich nicht nur, dass die Mitgliedstaaten nicht nur für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten haften, sondern auch, dass sie nicht für solche Verbindlichkeiten eintreten. Dieser Indikativ – die Staaten tun etwas Bestimmtes nicht – bedeutet in der Rechtssprache einen Imperativ, das heißt, sie dürfen es nicht tun. Es ist also nicht lediglich so, dass Griechenland keinen Anspruch auf Hilfen von anderen Euro-Staaten hat, sondern es ist den Mitgliedstaaten und der EU nach dieser Bestimmung sogar verboten, Finanzhilfen zu geben.«⁶⁷

Bevor er von der Ausschussvorsitzenden Petra Merkel abgewürgt wurde, erinnerte der Freiburger Jurist noch daran, dass die Rechtsordnung auch einen Wert an sich habe. Auch auf europäischer Ebene sei man ein Rechtsstaat. Murswiek verwies auf Alternativen. Renommiertere Ökonomen hätten sich mit Vorschlägen zu Wort gemeldet.

Am Ende der Anhörung kam ich noch einmal zu Wort. Ich wollte die Begründung für die Domino-Theorie kennenlernen. War es nur Angstmacherei oder gab es wirklich eine begründete Annahme dafür, dass eine Insolvenz Griechenlands einen Flächenbrand in Europa nach sich ziehe? Meine Frage richtete ich an Thomas Mayer von der Deutschen Bank.

»Da laufen eigentlich, wenn Sie so wollen, nicht besonders kluge Prozesse ab; es sind vielmehr Prozesse, die sich aus dieser Marktdynamik heraus





Der Tabubruch

entwickeln. Meines Erachtens steht dort keine große Strategie [...] dahinter [...]. Da geben Sie im Grunde genommen den Finanzleuten viel zu viel Kredit; das sind eigentlich relativ einfache Prozesse, die, wenn sie ablaufen, auch aus dem Ruder laufen können.«⁶⁸

Die Anhörung war zu Ende. Nach einer kurzen Verschnaufpause stand schon die nächste Sitzung an: Schäuble und die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger wurden im Haushaltsausschuss erwartet. Schäuble berichtete zunächst von Gesprächen mit Vertretern der deutschen Finanzindustrie. Die Banken hätten versprochen, bestehende Kreditlinien gegenüber dem griechischen Staat und seinen Banken in den nächsten drei Jahren aufrechtzuerhalten. Noch wüsste man aber nicht, wie viele Anleihen in diesem Zeitraum fällig würden.

Schäuble ließ eine Tischvorlage zur Gläubigerstruktur der Staatsschulden Griechenlands und deren Fälligkeitsterminen verteilen. Die Restlaufzeit der Kreditlinien betrug im Schnitt 7,7 Jahre. Nach Angaben der Bundesbank betrug das Exposure deutscher Banken gegenüber Griechenland im Februar 2010 33,04 Milliarden Euro. Nach Auskunft der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ) waren es 45 Milliarden US-Dollar, was je nach Kurstag deckungsgleich war. Von den 45 Milliarden US-Dollar machten Forderungen gegenüber dem griechischen Staat mit 51 Prozent die Mehrheit aus. 26 Prozent der Forderungen hatte der deutsche Finanzsektor gegenüber den Banken des Landes; 22 Prozent gegenüber dem Nichtbankensektor. Ein Schuldenschnitt hätte bei deutschen Banken und Versicherungen zwar zu einem erheblichen Abschreibungsbedarf geführt; ein Haircut von etwa 50 Prozent wäre aber, auf die einzelnen Institute verteilt, durchaus verschmerzbar gewesen. Auf diesen, die Geldbörse des Steuerzahlers schonenden Schritt wurde aber auf Druck Frankreichs verzichtet: Die französischen Banken waren mit einem Exposure in Höhe von 75 Milliarden US-Dollar relativ und absolut die größte Gläubigergruppe. Die Banken Portugals, Spaniens und Italiens hatten zusammen nur knapp 18 Milliarden Euro im Feuer. Diese Zahlen lieferten keine Bestätigung eines Dominoeffektes.

Aus der Tischvorlage war ersichtlich, dass im März 2012 ein großer Batzen Anleihen fällig wurde. Bis dahin musste Griechenland unbedingt die





Kurve bekommen haben und sich wieder über die Finanzmärkte Geld beschaffen. Kampeter hatte hierzu bereits am Montag ein interessantes Detail fallengelassen. Griechenlands Finanzbedarf betrug innerhalb der nächsten drei Jahre 150 Milliarden Euro. Ohne das Engagement privater Geldgeber würde eine Finanzlücke in Höhe von 40 Milliarden Euro aufklaffen. Dass die Euro-Retter Ende Februar 2012 ein zweites Griechenland-Hilfspaket schnüren würden, war vorhersehbar.

Leutheusser-Schnarrenberger versetzte den Abgeordneten einen großen Schreck, indem sie Schäubles Einschätzung bestätigte, dass der Änderungsantrag zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz einen rein deklaratorischen Charakter hatte. Aus juristischer Sicht bewirke der Antrag keine Konditionalität zwischen der Auszahlung von Hilfgeldern und der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen, so die Bundesjustizministerin. Das führte zu einer lebhaften Diskussion, in deren Verlauf die Ministerin zugeben musste, dass man sich auf juristisches Neuland begeben habe. Der Tagesordnungspunkt war dann auch schon bald zu Ende. Bereits einige Zeit zuvor war uns mit sanftem Druck mitgeteilt worden, dass Bundesumweltminister Norbert Röttgen bereits vor dem Sitzungssaal wartete.

Am Donnerstag fand erneut eine Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. Viele Zweifler waren mit dem wirkungslosen Änderungsantrag eingefangen worden. Jetzt stand die Regierungsmehrheit. Zum Showdown, der keiner war, kam es dann am 7. Mai 2010 mit der 2./3. Lesung. Ich hatte mein abweichendes Abstimmungsverhalten bereits im Vorfeld dem Parlamentarischen Geschäftsführer (PGF) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitgeteilt. Ich konnte die Griechenland-Hilfe nicht verantworten. Gerade die Beratungen hatten verdeutlicht, dass wir uns auf einem ökonomischen Irrweg befanden. Ohne Schuldenmoratorium und Teilverzicht auf Forderungen konnte die Sanierung der griechischen Staatsfinanzen nicht gelingen. Wir steuerten wissentlich auf eine Daueralimentierung Griechenlands zu. Nur mit einem Haircut konnte gewährleistet werden, dass die Gläubiger, die für ihre vermeintliche Risikobereitschaft ordentliche Zinsen eingestrichen hatten, nun auch tatsächlich bei Eintritt der Zahlungsunfähigkeit einen Beitrag leisteten. Aber ein Schuldenschnitt allein war nicht das Allheilmittel. Griechenland musste





Der Tabubruch

– zumindest zeitweise – aus der Eurozone ausscheiden. Nur so hatte das Land eine Chance, durch autonome währungspolitische Entscheidungen die Außenbilanz zu verbessern und wieder an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Leider sahen das die wenigsten so.

Im Plenum wurden die gleichen Lieder vorgetragen wie am Mittwoch, mit dem Unterschied, dass zunächst die zweite Garde zum Tanz aufspielte. Unserem haushaltspolitischen Sprecher Norbert Barthle wurde die Ehre des ersten Redners zuteil. Obwohl die SPD die Griechenland-Hilfe prinzipiell richtig fand, nutzte Schneider die Debatte zu einer schonungslosen Abrechnung mit der Bundesregierung. Das war dem regierungstreuen FDP-Haushälter Fricke zu viel. Er meldete sich mit einer Kurzintervention zu Wort:

»Ich wäre froh gewesen, wenn Sie hier, vor der Bevölkerung und den Zuhörern und Zuschauern, gesagt hätten: Es bleibt bei den 22,4 Milliarden Euro, die der Bundestag heute mit dem Gesetzentwurf beschließen wird. Es wird kein einziger Cent mehr. Auch wenn Sie sich hinter spekulativen Äußerungen und sonstigen Formulierungen verstecken: Es bleibt bei den 22,4 Milliarden Euro. Das hätten Sie ehrlicherwise sagen sollen, statt eine höhere Zahl ins Gespräch zu bringen.«⁶⁹

Fricke hätte sich besser mal nicht so weit aus dem Fenster lehnen sollen. Die 22,4 Milliarden Euro waren erst der Anfang. Die Debatte lief zunehmend aus dem Ruder. Renate Künast wollte »Europa gegen Abzockerei und gegen Spekulationen« verteidigen.⁷⁰ Im Gegensatz zu den Linken, die das Geld lieber ohne Auflagen im Ionischen Meer versenkt hätten und vor »Taliban im Nadelstreifen« warnten,⁷¹ stimmten die Grünen der Griechenland-Hilfe zu. Das »Ja« der Grünen sei ein »Bekenntnis zu Europa«, aber gleichzeitig »das klare Nein zur Politik der Regierung Merkel/Westerwelle«.⁷²

Erst dann kam Schäuble. Diese Rednerfolge sollte den Eindruck erwecken, der Wunsch nach einem Bailout Griechenlands komme aus der Mitte des Parlaments. Der Finanzminister hatte mittlerweile schon Übung darin, die Euro-Krise argumentativ ins Metaphysische zu überhöhen. Zu Beginn seiner Rede erinnerte er daran, »dass morgen vor 65 Jahren, am 8. Mai





Von Rettern und Rebellen

1945, der Zweite Weltkrieg – das finsterste Kapitel unserer Geschichte – zu Ende ging.«⁷³ Heute müsste Europa wieder vor dem Untergang bewahrt werden.

Es folgten insgesamt neun namentliche Abstimmungen mit Stimmkarte. Gegen das letztendlich entscheidende Zustimmungsgesetz gab es aus der Koalition nur fünf Nein-Stimmen. Diese kamen von Alexander Funk, Peter Gauweiler, Manfred Kolbe (alle CDU/CSU), Frank Schäffler (FDP) und mir. Dass die Kanzlermehrheit für die Bundesregierung zu Beginn der Woche keineswegs sicher gewesen war, zeigte die ungewöhnlich große Anzahl an persönlichen Erklärungen. Diese Erklärung kann jeder Abgeordnete dem Plenarprotokoll beifügen lassen, um seinen eigenen ganz besonderen Standpunkt oder den Grund für ein abweichendes Abstimmungsverhalten darzulegen. Oftmals dient die Abgabe einer Erklärung auch nur zur Beruhigung des eigenen Gewissens und/oder als eine Art Vorwärtsverteidigung gegen die eigene Wahlkreisöffentlichkeit. Meine Erklärung befindet sich in Anlage 1.

